

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 41 (2022)
Heft: 79

Artikel: Partners in crime : Schlaglichter zur Komplizenschaft von Krieg und Erinnerung im Kontext des Ukrainekriegs
Autor: Mehler-Würzbach, Daniela
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055722>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Partners in Crime

Schlaglichter zur Komplizenschaft von Krieg und Erinnerung im Kontext des Ukrainekriegs

Der Angriff auf die Ukraine «weckte» die Erinnerung. Mehrfach bemühten Politiker*innen und Kommentator*innen eigene familiäre Kriegserfahrungen zur Beschreibung der Situation. Mich ärgerten übereilte reflexhafte Assoziationen und schiefe historische Vergleiche, wissend: Erinnern ist eine aktive Handlung, die die Vergangenheit aus der Gegenwart deutet, und die oft mehr über die Gegenwart und die Zukunft sagt als über die Vergangenheit. Reaktualisierungen sind kein differenzierter historischer Vergleich, sie beschreiben keine Lage, sie mobilisieren in erster Linie Reflexe und Deutungsmuster. Zwar orientiert die Vergangenheit, und eine kontingente Erzählung unterstützt und bestätigt die bestehenden Selbst- und Fremdbilder. Gleichzeitig verkürzt das Deuten Komplexität, polarisiert, spitzt zu, nimmt Entwicklungen und den Ausgang der Geschichte vorweg. Dabei ist die Gegenwart von Krieg häufig zu komplex und die Überforderung durch oftmals unbestätigte Kriegsberichtserstattung zu gross, um historische Vergleiche präzise und gelingend zu bemühen. Einem Bonmot zufolge ist das erste Opfer eines Kriegs immer die Wahrheit. Wie verhält es sich mit der Erinnerung?

Wie im Zweiten Weltkrieg

Die russische und ukrainische Regierung deuteten die Gegenwart vor Beginn des Angriffs auf die Ukraine in Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Putin zeichnete bereits in den Ansprachen in den Tagen vor und zu Kriegsbeginn ein dichtes geschichtspolitisches Bild, in dem er die gegenwärtigen Geschehnisse auf der Folie der Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen durch die NATO deutete. Als Lehre aus der Geschichte legte er dar, dass die Sowjetunion nicht auf den Einmarsch des faschistischen Deutschlands vor-

bereitet war, weil man zu lange versucht habe, einen potenziellen Angreifer nicht zu provozieren. Diesen Fehler werde man kein zweites Mal machen. Er begründete den Angriff auf die Ukraine mit dem Schutz der Menschen im Donbass, die seit 2014 Misshandlung und Völkermord ausgesetzt seien, erklärte, ukrainische extreme Nationalisten und Neonazis «werden natürlich auf die Krim gehen, so wie sie es im Donbass getan haben, mit Krieg, um zu töten, wie die Strafkolonnen der ukrainischen Nationalisten, Hitlers Kollaborateure während des Grossen Vaterländischen Krieges, wehrlose Menschen töteten.»¹ Putin knüpfte mit der Ankündigung von Entmilitarisierung und Entnazifizierung begrifflich an die antifaschistische Rhetorik der Anti-Hitler-Koalition an.

Auch der ukrainische Präsident interpretierte den Angriff Russlands unmittelbar mit Verweis auf den Zweiten Weltkrieg: «Russia treacherously attacked our state in the morning, as Nazi Germany did in #2WW years. As of today, our countries are on different sides of world history.» Selenskyj reaktualisierte die Opfererfahrung der Ukrainer*innen, sein Deutungsangebot nach innen und aussen parallelisierte Putin implizit mit Hitler. Russland sei auf dem Pfad des Bösen, während die Ukraine sich selbst verteidige und ihre Freiheit nicht aufgeben werde.²

Während der russische Präsident den sowjetischen Kampf gegen die Nationalsozialisten im «Grossen Vaterländischen Krieg» mit einem drohenden Angriff durch die NATO parallelisierte, verglich der ukrainische Präsident Russland mit Nazi-Deutschland. In beiden Fällen wurden gemeinsame historische Erinnerungen wie der gemeinsame Kampf gegen Nazi-Deutschland überformt, selektive Deutungen über den Zweiten Weltkrieg in Gegenwart und Zukunft projiziert, die Zweiteilung in Gut/Böse maximal zugespitzt und für den Kriegszweck propagandistisch reaktualisiert. In beiden Fällen wurden die Entmenschlichung des Gegners vorangetrieben, in den Ländern bestehende nationale Integrationsideologien angerufen und weiter am heroischen nationalen Mythos gearbeitet: Kampf den Faschisten, für die Freiheit!

Es ist wieder Krieg in Europa

Die Deutung der Gegenwart in direkter Linie mit dem Zweiten Weltkrieg erwies sich als überaus anschlussfähig. In der Berichterstattung wurden Analogien zum deutschen Überfall auf Polen 1939 aufgebracht, Erzählungen von Kriegserfahrungen der deutschen Eltern oder Grosseltern in politischen Debatten mobilisiert. Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz leiste-

ten Medienbeiträge und Politiker*innen gar dem Eindruck Vorschub, es handle sich bei diesem Krieg um den ersten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.³ Welche Geschichtslosigkeit, die die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa seitdem vergessen hat: den griechischen Bürgerkrieg, den Nordirlandkonflikt, den Zypernkonflikt, die Jugoslawienkriege, den Transnistrienkonflikt, die Kriege in Tschetschenien, den Georgienkrieg, den Bergkarabach-Konflikt. Ausgeblendet auch das Muster russischer Kriege an seinen Rändern und die beinahe kontinuierlichen kriegerischen Auseinandersetzungen Russlands (Afghanistan, Tschetschenien, Georgien, Syrien). Diese Geschichtsvergessenheit ist auch Ausdruck der zynischen Blindheit gegenüber jedwedem Kriegsgeschehen, das nicht im Zentrum der Aufmerksamkeitsökonomie oder im Einzugsbereich der eigenen Interessen liegt. Der russische Angriff auf die Ukraine machte gleichsam vielen Menschen in Westeuropa eine Bezugnahme auf den Zweiten Weltkrieg leicht, da sich an bestehende Deutungsrepertoires anknüpfen lässt: an eigene Erinnerungen, familiäre Kriegserinnerungen und die öffentliche Erinnerungskultur. Je grösser die Unwissenheit über die Ukraine und ihre Geschichte, desto einfacher lassen sich die Lücken füllen. Auch in der hiesigen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg spielte die Ukraine keine bedeutende Rolle.

Mobilisierung früherer Kriegsverbrechen

Angesichts der vielfachen Bezüge auf den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust durch die Kriegsparteien als auch durch die Öffentlichkeiten verurteilte die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem bereits eine Woche nach Kriegsbeginn die Trivialisierungen und Verzerrungen historischer Fakten. Eindringlich wies sie darauf hin, dass der propagandistische Diskurs, der die aktuellen Feindseligkeiten begleitet, gesättigt sei von unverantwortlichen Aussagen und völlig ungenauen Vergleichen mit der nationalsozialistischen Ideologie und den Handlungen vor und während des Holocaust.⁴ Während Putins missbräuchliche Schutzbehauptung des Völkermords im Donbass schnell als unhaltbare Banalisierung von Völkermord zurückgewiesen wurde, führte sie zu einer Sichtbarmachung der ukrainischen Rechten und des im Zusammenhang der Unabhängigkeit der Ukraine etablierten, mittlerweile marginalisierten Helden- und Opferkults um Stepan Bandera, NS-Kollaborateur und Anführer der faschistischen «Organisation Ukrainischer Nationalisten». Putins geschichtspolitische Ausführungen und Drohungen triggerten ukrainische Traumata wie die Erinnerungen an den Holodomor,

die verheerende, gezielt zur Disziplinierung der Ukrainer*innen herbeigeführten Hungersnot in den 1930er-Jahren unter stalinistischer Herrschaft, und die Verwüstungen der deutschen Wehrmacht im Vernichtungskrieg im Osten. Vor der Folie des Kriegs gegen die Ukraine wurden diese Gewalterfahrungen reaktualisiert und vielfach bewusst mobilisiert. Der ukrainische Präsident warnte immer wieder vor einer Wiederholung der Geschichte und belegte sie mit aktuellen Kriegsverbrechen: Als Anfang März zwei russische Raketen bei einem Fernsehturm in Kiew in unmittelbarer Nähe zur Holocaust-Gedenkstätte Babyn Jar einschlugen und hierbei mehrere Zivilisten getötet wurden, betonte Selenskyj die historische Dimension des Orts. Im Tal Babyn Jar ermordeten deutsche Einsatzgruppen Ende September 1941 innerhalb von 48 Stunden mehr als 33 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder.⁵

Selenskyj wandte sich durch Videoschaltungen und Social Media immer wieder an die verschiedenen Öffentlichkeiten. In einer Rede an den deutschen Bundestag Mitte März beschrieb er eine Mauer mitten in Europa, zwischen Freiheit und Unfreiheit, erinnerte an die Berliner Luftbrücke, an diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg und das Massaker von Babyn Jar überlebten. Er appellierte an den deutschen Bundestag, mit Waffenlieferungen und Sanktionen zu handeln, «um nicht auch nach diesem Krieg beschämt zurückzublicken».⁶ Insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit wurde diese Deutung affirmativ aufgegriffen, in der Deutschland sich durch fehlende «Hilfsbereitschaft» schuldig und wieder zum Täter macht. In Israel suchte Selenskyj die Solidarisierung auf Grundlage einer geteilten Opfererfahrung. In seiner Rede vor der israelischen Knesset warnte er vor der Wiederholung der Geschichte, erklärte, Russland nutze Worte der Nazis und spreche in Bezug auf die Ukraine von einer «Endlösung». Dieser überzogene und unbelegte historische Vergleich mit der «Endlösung der Judenfrage» durch Nazi-Deutschland sorgte für Empörung und Irritationen: das Ende des Sagbaren war erreicht.

Nachholende Kriegsbewältigung? Referenzen auf den Bosnienkrieg

Selenskyj versuchte den Krieg gegen die Ukraine in den internationalen Holocaust-Diskurs einzuschreiben und damit Unterstützung und militärischen Beistand zu mobilisieren. In Deutschland wurde die Debatte um die Lehren aus der deutschen Vergangenheit neu geführt und auch an das verdrängte Trauma des Bosnienkriegs und die darauffolgenden Debatten ange-

knüpft: Die grüne deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock unternahm Mitte März bewusst eine Balkanreise, besuchte dabei auch Sarajevo und die Opferorganisation Mütter von Srebrenica und leitete aus den Jugoslawienkriegen die Verpflichtung ab, dass «diese schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen gegen Kinder, Jugendliche, Alte, Familien in Europa nie wieder passieren» dürften. Die Presse schloss an ihrer Berichterstattung an: «Mariupol oder Kiew heissen heute die Schauplätze, Sarajevo und Srebrenica damals.»⁷

Baerbock schloss mit ihrer Bezugnahme auf die Jugoslawienkriege diskursiv an ihren grünen Amtsvorgänger Joschka Fischer an. Der war während des Bosnienkriegs noch gegen eine militärische Intervention, stiess aber innerhalb der Grünen als Konsequenz aus Srebrenica eine Diskussion über den Einsatz militärischer Mittel an, in der er «Nie wieder Krieg» und «Nie wieder Auschwitz» als Kernbestandteile politischer Identität miteinander verband und fragte: «Können wir angesichts des Vormarsches eines neuen Faschismus einfach zuschauen?»⁸ Als sich 1999 der Kosovo-Konflikt zuspitzte, überzeugte er als frisch ins Amt gekommener Aussenminister seine Partei und die Mehrheit im Bundestag mit dieser vergangenheitspolitischen Legitimation davon, dass sich Deutschland, erstmals seit 1945, aktiv an einem Krieg beteiligte und die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO unterstützte. Der von ihm und Verteidigungsminister Scharping aufgebrachte Hufeisenplan Jugoslawiens zur Vertreibung der Kosovo-Albaner*innen wie auch die Bilder des «Massakers von Račak» konnten auch nachträglich nicht belegt werden.

Im März untertitelte das ukrainische Verteidigungsministerium Bilder von russischen Kriegsverbrechen im Kiewer Vorort Butscha als «neues Srebrenica».⁹ Der ukrainische Verteidigungsminister kommentierte weiterhin, das Vorgehen der russischen Einheiten sei wie das der nationalsozialistischen Schutzstaffel (SS) in der Ukraine im Zweiten Weltkrieg gewesen, es seien mehr Menschen getötet worden als im kroatischen Vukovar. Noch bevor es unabhängige Bilder aus Butscha gab, gab es ein Überangebot an Deutungen und die klare Einordnung des ukrainischen Präsidenten, dass es sich um Völkermord handele. Die Bezugnahme auf das Massaker in Srebrenica verglich die Gräueltaten von Butscha mit dem schwersten Kriegsverbrechen in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs, forderte Verurteilung, militärische Intervention, bedingungslose Unterstützung unschuldiger Opfer. Das Massaker von Srebrenica war systematisch geplant und durchgeführt und ist aufgrund der Intention, eine «nationale, ethnische, rassistische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören» als Völkermord zu

werten. Ob all dies auf Butscha zutrifft, ist unklar, diese Fragen sind durch Ermittlungen und Gerichtsprozesse zu klären.

Die Darstellung von Butscha als «neues Srebrenica» war zuallererst ein Signal an die internationale Gemeinschaft, die Reihen zu schliessen, das Zögern zu beenden und unmittelbar Massnahmen zu ergreifen. Der Vergleich half nicht, die Geschehnisse zu verstehen, zu differenzieren und zu bewerten, sondern schuf diskursive Äquivalenzketten. Erinnerungspolitisch ist das auch deshalb besonders interessant, weil sich seit 1995 im Rahmen von nationalen und internationalen Deklarationen ein globaler erinnerungspolitischer Imperativ zur Erinnerung an Srebrenica herausgebildet hat, der an die Holocaust-Erinnerung anschliesst und lokale Deutungskämpfe überformt. Die Deutung über Srebrenica und die Anerkennung als Völkermord wird von Russland, das eine Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verhinderte, nicht geteilt.¹⁰

Angesichts der Bilder von Butscha drehte sich die Spirale der geschichtsklitternden Vergleiche in den sozialen Medien fiebrig und verlieh Erschütterung, Ohnmacht, Wut und Fassungslosigkeit Ausdruck. Schnelle Parallelisierungen und Vergleiche integrierten die neuen Ereignisse in die bestehende symbolische Ordnung, mobilisierten Emotionen, forderten Reaktionen. Der Schriftsteller Saša Stanišić, der als Kind selbst aus dem Bosnienkrieg fliehen musste, mahnte, sich mit schiefen Analogien zurückzuhalten und den Kontext nicht zu vernachlässigen: «Bitte hört auf, Kriegsverbrechen zu vergleichen oder als Assoziation für eure Textchen zu nutzen. Butscha ist nicht «wie Aleppo» und ist nicht «das neue Srebrenica». Massensmord ist mit allen Voraussetzungen, Taten, Opfern, Tätern & Konsequenzen ein eigener entsetzlicher Vorgang.»¹¹

Zeitenwende

In Deutschland setzte Bundeskanzler Scholz (SPD) in einer Sondersitzung im Bundestag bereits drei Tage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine mit dem Begriff der «Zeitenwende» den Anker für eine neue Aufrüstungspolitik. Die Welt nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine sei nicht mehr dieselbe wie zuvor: «Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf. Ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Grossmächte des 19. Jahrhunderts.»¹² Die russische Invasion erschüttert die Fortschrittserzählung, der Übergang zur neuen Konfliktordnung geht einher mit einer Neujustierung und einem Mentalitätswandel. Als Grundlage für eine neue «Stärke» Deutschlands wurden zusätzliche

Mittel in Höhe von hundert Milliarden Euro in die Bundeswehr und Waffenlieferungen an die Ukraine angekündigt. Deutschland wird so zukünftig vermutlich den grössten Verteidigungsetat in Europa haben. In den folgenden Wochen wurde um diesen neuen Kurs hart gerungen, vielfach historische Bezüge bemüht, Intellektuelle schrieben widerstreitende offene Briefe, teilten biografische Erfahrungen, der öffentliche Diskurs schien kein anderes Thema mehr zu kennen. Nachdem der Aufrüstungskurs im Bundestag beschlossen war, stimmte der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil seine Partei in einer «Grundsatzrede zur Zeitenwende» – am Tag vor dem 81. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion – darauf ein, dass nun eine neue Ära beginne: Nach «knapp achtzig Jahren der Zurückhaltung» müsse Deutschland nun den «Anspruch einer Führungsmacht» haben. Friedenspolitik bedeute für ihn, «auch militärische Gewalt als legitimes Mittel der Politik zu sehen.»¹³ Die «Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten» kommentierte die Geschichtsvergessenheit mit den Worten «Auf den Trümmern der deutschen Erinnerungskultur?» Sie verwies auf die deutsche Geschichte «vor knapp 80 Jahren» – 1942–1945 –, als das faschistische Deutschland einen Vernichtungskrieg im Osten Europas führte, grauenhafte Kriegsverbrechen beging, Millionen Menschen deportierte.¹⁴ Im Anschluss an die ab 1998 unter «Nie wieder Auschwitz» von der damaligen rot-grünen Regierung eingeleitete Wende, die Deutschland mit der Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien wieder zu einem kriegsführenden Land machte, scheint nun mit einem Schlusstrich – die Lehre aus der Geschichte ist ja nun gefunden: der Frieden muss verteidigt werden – der Übergang zu einer neuen militaristischen Ära vollendet zu werden. Aus dem «Friedensprojekt» Europa wird eine neue geopolitische Schutzmacht, wie anderen (süd-)osteuropäischen Staaten wurde der Ukraine eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Aussicht gestellt. Mit Blick auf die NATO-Staaten erklärte der deutsche Bundeskanzler in einer Regierungserklärung tags darauf martialisch: «Wir werden jeden Quadratmeter des Bündnisgebiets verteidigen.»¹⁵

Partners in Crime

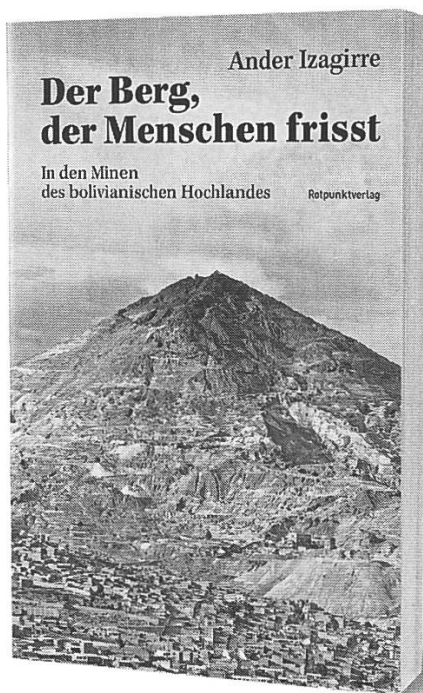
Dass Kriege Erinnerungen befördern und aktualisieren, ist erwartbar. Die Neudeutung der Geschichte und vergangener Kriegserfahrungen in erinnerungspolitischen Äusserungen macht Erinnerung aber zu einem gefährlichen, unheiligen Komplizen, zur Legitimationsressource für gegenwärtiges Handeln. Dabei werden vielfach historische Fakten umgedeutet oder über-

formt, wo es Differenzierung bräuchte. Während beispielsweise Russ*innen und Ukrainer*innen Opfer des deutschen Faschismus waren, sind sie heute getrennt: die einen auf der Seite der Aggressoren, die anderen auf der Seite der Opfer, wechselseitig deuten sie sich in Feindbilder um; der gegenwärtige Krieg identifiziert neue dichotome Täter-Opfer-Zuschreibungen. Die vormals eindeutige Lehre aus der Geschichte ist durch die gegenwärtige Situation komplex und mehrdeutig geworden und vielfach moralisch belastet. Die Frage der Ausgestaltung von Friedenspolitik, von Sicherheitsinteressen, aber auch von Zugehörigkeiten stellt sich neu. Für uns Linke muss klar sein, dass es keine Relativierung der Verbrechen der Vergangenheit und doppelte Standards der Bewertung geben darf. Gleichsam fehlt der Mut, unsere an den historischen Phänomenen ausgebildeten Konzepte von Faschismus und Imperialismus analytisch auf die Gegenwart anzuwenden, ohne in traditionellen *mental maps* zu verharren. Die grossen Orientierungen sind klar: Nationalismus, Aufrüstung und Militarisierung von Politik und Gesellschaft gehören unser Widerstand. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, gegen die militärische Verengung der Diskussion und für Entspannung, Abrüstung und Kooperation einzutreten. Anhaltende Kontroverse besteht in der Frage pazifistischer beziehungsweise antimilitaristischer Positionierung und der Möglichkeiten von Ausnahmen von der Regel im Rahmen des völkerrechtlich verbrieften Rechts auf Selbstverteidigung durch Waffenlieferungen an die Ukraine.

Anmerkungen

- 1 Tagesspiegel, 24.2.2022: Putins Kriegserklärung gegen die Ukraine im Wortlaut. www.tagesspiegel.de/politik/begruendung-fuer-die-invasion-putins-kriegserklaerung-gegen-die-ukraine-im-wortlaut/28101090.html (Abruf 7.6.2022)
- 2 twitter.com/ZelenskyUa/status/1496787304811315202 (Abfrage 17.6.2022)
- 3 Etwa die Schweizer Verteidigungsministerin Viola Amherd und Karin Keller-Sutter, Vizepräsidentin des Polizei- und Justizdepartements, vgl. Sarah Serafini, 5.3.2022: Zwei Bundesrätinnen reden vom «ersten Krieg in Europa seit 80 Jahren» – sie liegen falsch. www.watson.ch/schweiz/international/208091009-krieg-in-der-ukraine-bundesraetinnen-vergessen-jugoslawienkrieg (Abfrage 7.6.2022)
- 4 Yad Vashem, 27.2.2022: Yad Vashem Statement Regarding the Russian Invasion of Ukraine. www.yadvashem.org/press-release/27-february-2022-14-25.html (Abfrage 18.6.2022)
- 5 Tagesschau, 2.3.2022: «Sie haben den Befehl, uns alle auszulöschen». www.tagesschau.de/ausland/selenskyj-ukraine-krieg-101.html (Abfrage 15.6.2022)
- 6 Bundestag, 17.3.2022: Ansprache des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, im Deutschen Bundestag. www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw11-de-selenskyj-rede-deutsch-884872 (Abfrage 15.6.2022)
- 7 Paul-Anton Krüger, 10.3.2022: Gestern Srebrenica und Sarajevo, heute Mariupol und Kiew. www.sueddeutsche.de/politik/baerbock-bosnien-herzegowina-balkan-1.5545262 (Abfrage 13.6.2022)

- 8 Der Spiegel, 1995: «Das wäre blutiger Zynismus». Joschka Fischer über die Kritik an seinem Bosnien-Papier und den Pazifismus der Grünen. magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/9207539 (Abfrage 20.6.2022)
- 9 twitter.com/denfencu/status/1510372750665433089?s=21&t=jivfUVhjyOOu13OFRU9fQ (Abfrage 13.6.2022)
- 10 Daniela Mehler, 2017: The last «never again»? Srebrenica and the making of a memory imperative. In: *European Review of History*, 24 (4), 606–630. doi.org/10.1080/13507486.2017.1307812 (Abfrage 17.6.2022)
- 11 twitter.com/sasa_s/status/1510587308944281600 (Abfrage 4.5.2022)
- 12 Scholz, Olaf, 27.2.2022: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sondersitzung zum Krieg gegen die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag. www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2008606 (Abfrage 28.6.2022)
- 13 Lars Klingbeil, 21.6.2022: Rede FES Tiergartenkonferenz 2022 «Zeitenwende – der Beginn einer neuen Ära». www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20220621_Rede_LK_FES.pdf (Abfrage 22.6.2022)
- 14 VVN-BDA, 22.6.2022: «Zeitenwende». Zum 81. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion soll Deutschland laut SPD eine neue «Führungsmacht» werden. vvn-bda.de/zeitenwende-zum-81-jahrestag-des-ueberfalls-auf-die-sowjetunion-soll-deutschland-laut-spd-eine-neue-fuehrungsmacht-werden%ef%bf%bc (Abfrage 22.6.2022)
- 15 Tagesschau, 22.6.2022: Scholz sieht Eiszeit mit Moskau aufziehen. www.tagesschau.de/inland/regierungserklaerung-scholz-gipfeltreffen-103.html (Abfrage 22.6.2022)



Der rohstoffreiche Berg Cerro Rico de Potosí ist Teil einer globalen Kette, die aussergewöhnlichen Reichtum mit bitterster Armut verbindet. Anhand der vierzehnjährigen Alicia, die in einer Silbermine arbeitet, erzählt der investigative Journalist Ander Izagirre die Geschichte des vermeintlichen «Rohstoffsegens» in Bolivien.

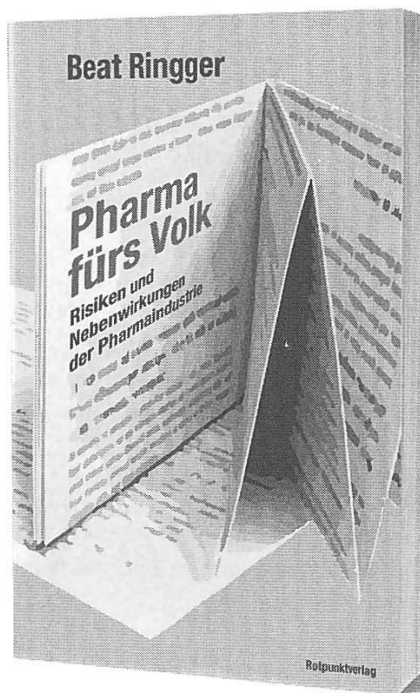
Ander Izagirre

Der Berg, der Menschen frisst

In den Minen des bolivianischen Hochlandes

Aus dem Spanischen von Grit Weirauch

224 Seiten, Klappenbroschur, 2022
978-3-85869-962-6



Zwei Dutzend grosse Pharmakonzerne beherrschen die globale Pharmaindustrie. Sie entscheiden darüber, welche neuen Wirkstoffe bis zur Marktreife entwickelt werden und welche nicht. Massgeblich sind dabei die Gewinnaussichten. Wir brauchen neue Regeln. Die Politik muss das Zepter wieder in die Hand nehmen.

Beat Ringger

Pharma fürs Volk

Risiken und Nebenwirkungen der Pharmaindustrie

232 Seiten, Klappenbroschur, 2022
978-3-85869-963-3

Rotpunktverlag.